stantini Theodosii Leonis (dies der im Orient übliche Titel des Rechtsbuches) nur von neuen Syrischen Handschriften-Funden zu erhoffen, und dass solche nicht ausserhalb des Bereiches der Möglichkeit liegen, lehrte mich ein Zufall während meines Aufenthalts in Mosul im Januar 1880. Der Einband der ersten Syrischen Handschrift, die man mir zum Kauf antrug, bestand aus kleinen, zerrissenen und beschmutzten Blättern unseres Rechtsbuchs.

Berlin, 25. November 1881.

Eduard Sachau.

III.

Noch einmal das Jagdrecht des Römischen Grundeigenthümers.

Von

Herrn Professor **Th. Schirmer**

in Königsberg.

Das angebliche Jagdrecht des Römischen Grundeigenthümers kann noch immer nicht zur Ruhe kommen; der unvollendete Wächtersche Aufsatz zieht noch wie der in das stille Wasser geworfene Stein seine Kreise um sich her, die allmählig mehr und mehr verflachen, aber dafür an Ausdehnung gewinnen, bis sie endlich doch in der glatten Fläche spurlos verschwinden. Daran dürfte auch die ausführliche Abhandlung in Ihering's Jahrbuch Bd. XIX p. 373 — 415 nichts ändern. Sind hier einerseits eine Menge von Dingen in die Discussion hineingezogen, an die Brünneck und Wächter nicht gedacht haben, und für welche dieselben nicht verantwortlich zu machen sind, so ist andererseits der Angriff auf die communis opinio nicht mehr in seinem ursprünglichen Umfange wiederholt, sondern auf engere Grenzen beschränkt. —

Doch bevor wir auf die neue Gestalt, in der uns hier das Jagdrecht entgegentritt, näher eingehen, wird es nöthig sein, die principielle Differenz des beiderseitigen Standpunktes schärfer, als es in der gedachten Abhandlung geschieht, hervorzuheben und festzustellen. — Zunächst darf man das in Frage stehende Jagdrecht nicht definiren als das Recht des Grundbesitzers auf seinem Gute zu jagen und Andere von der Jagd auszuschliessen. In diesem Sinne bestreitet Niemand dasselbe; allein in diesem Sinne ist es auch kein selbständiges Recht, sondern eine blossе Eigenthumsbefugniss. Warum spricht man denn nicht von einem besonderen Rechte zu ernten und Holz zu hauen, Obst zu pflücken und Wein zu lesen? Doch eben nur deshalb, weil dies Alles einzelne Ausübungshandlungen des allgemeinen, umfassenden Eigenthumsrechtes sind. Dem entsprechend ist die Klage, welche dem Grundeigenthümer zu Gebote steht, wenn er in der Ausübung jener Eigenthumsbefugnisse gestört wird, einfach die aus dem Eigenthum am Grund und Boden hervorgehende negatoria, und wer diese (wie das a. a. O. p. 406 geschieht) als die zum Schutze des Jagdrechts in Gebrauch zu nehmende Klage bezeichnet, kommt dadurch im Grunde schon mit seiner eigenen Behauptung, es gebe ein besonderes Jagdrecht, in Widerspruch. Von hier aus hätte consequenter Weise die Streitfrage ganz anders formulirt werden müssen; dahin: Kann der Grundeigenthümer in der wegen unbefugten Jagens auf seinem Boden angestellten negatoria einen Ersatzanspruch bezüglich der vom Beklagten davongetragenen Jagdbeute geltend machen? Meiner Ueberzeugung nach ist diese Frage ebenfalls zu verneinen.¹⁾ Die einzige Stelle, aus welcher sich ein Ersatzanspruch wegen entzogener Jagdbeute allenfalls künstlich ableiten liesse, — und dass die Römer eine solche Folgerung praktisch wirklich gezogen, habe ich ausdrücklich (Zeitschr. f. R.-G. Bd. XI. p. 315) als etwas „überaus Fragliches“ bezeichnet, — die L. 62 pr. D. de usufr. 7. 1, lässt eine Deutung auf eine obligatorische Grundlage dieses supponirten Ersatzanspruchs ebenso

¹⁾ Ich sehe hierbei natürlich ganz von der Streitfrage ab, ob die negatoria überhaupt im Stande sei, Ersatz für einen ante litem contestatam zugefügten Schaden in sich aufzunehmen, was mein Gegner stillschweigend zu bejahen scheint.

zu als auf eine dingliche, beweist also nichts für letztere. Das war die Argumentation in meiner früheren Auseinandersetzung über diese Controverse, und von dem damals Gesagten habe ich auch gegenwärtig nicht ein Wort zurückzunehmen. — An Statt der richtigen Fragstellung wird nun aber gegnerischerseits das Vorhandensein eines Jagdrechts des Grundeigenthümers behauptet. Als Object dieses Jagdrechts kann man sich logisch doch lediglich das Wild denken; also ein besonderes Jagdrecht ist ein Recht am Wilde oder auf das Wild. Gegenüber der unbezweifelten Wahrheit, dass das Wild nach Römischem Recht in Niemandes Eigenthum steht, herrenlos ist, kann das Römische Jagdrecht nie als Recht am Wilde, sondern höchstens in der Form eines Rechtes auf das Wild construirt werden. Freilich hat auch das seine Schwierigkeiten, denn nach Römischen Grundsätzen würde dies Recht kaum eine andere als eine obligatorische Gestalt haben annehmen können, und diese Beschaffenheit soll das Jagdrecht doch wieder nicht haben. So kommt man dahin, dasselbe als Recht auf den Ertrag des Gutes zu charakterisiren und stempelt es so unter der Hand zu einem Recht am Gute um, während das Wild weder Stück, noch Frucht, noch Pertinenz des Gutes ist. An dieser widerspruchsvollen Unklarheit litt nun schon ersichtlich Wächters Auffassung, und das Gleiche muss in erhöhtem Masse von der oben genannten Abhandlung gesagt werden. Hatte jener nämlich einen Unterschied zwischen einem bloss gelegentlichen und zufälligen und einem regelmässigen Ertrage der Jagd noch nicht gemacht, so soll nunmehr bloss der letztere geeignet sein, dem Grundbesitzer ein Jagdrecht zu gewähren. Ausdrücklich heisst es a. a. O. p. 395, von einem Jagdrechte sei „nur dann zu reden“, „si in agro uenationes sunt, si fructus ex uenatione constat“. Es ist also nicht mehr das Eigenthum als solches, sondern die wirtschaftliche Bestimmung, oder, wenn man dies vorzieht, wirtschaftliche Qualification des Grundstücks, auf der das Jagdrecht beruht. Wie also kann die Eigenthumsklage, die negatoria, die doch für jeden Eigenthümer, wir sehen dabei natürlich von Servitutbeschränkungen ab, gleichen Umfangs, gleichen Inhalts sein muss, zum Schutze dieses durchaus nicht jedem Grundeigenthümer zustehenden Jagdrechts dienen sollen?

Aber noch mehr. In gleicher Weise wird (p. 400) demjenigen ein Jagdrecht zugeschrieben, qui locum publicum fruendum conduxit (L. 1 D. de loc. publ. fruend. 43. 9), und (p. 398) von einem „allgemeinen Jagdrecht“ z. B. auf dem Meere, am Strande u. s. w. gesprochen. Wer sieht nicht, wie verschiedenartige Dinge hier unter demselben Namen zusammengefasst werden. Und dabei handelt es sich durchaus nicht etwa bloss um eine mehr oder weniger angemessene Benennung, sondern es laufen sofort recht erhebliche sachliche Missverständnisse mit unter, die (p. 402) zu dem Ausrufe führen: „Schirmer wird doch nicht der Meinung sein, dass der dem Jagdpächter zu Theil werdende Schutz obligatorischer Natur ist. Das Interdict“ — es ist das in L. 14 D. de injur. 47. 10 erwähnte *uti possidetis utile* gemeint — „geht sicherlich in rem aduersus quemlibet, d. h. ist von persönlicher, obligatorischer Beziehung unabhängig.“ Und wenn ich nun doch dieser für so unmöglich erklärten Meinung wäre. Aber zuvörderst, was soll denn eigentlich nach der Ansicht meines Gegners unmöglich sein? Seine Worte sind nichts weniger als unzweideutig. Dass das Interdict des Jagdpächters eine persönlich-obligatorische Klage ist, ebenso wie die *actio injuriarum*, die dem gegeben wird, der am Fischfang auf dem Meere gehindert worden ist, und zwar auch *aduersus quemlibet*, das hat wohl mit jener Apostrophe nicht in Abrede gestellt werden sollen. Der Sinn derselben dürfte vielmehr der sein, die Berechtigung, auf Grund deren der Interdictsschutz gewährt werde, könne, weil das Interdict nicht einen von vorn herein bestimmten Beklagten ins Auge fasse, nicht obligatorischer Natur sein. — Aber weshalb denn nicht? Zuvörderst muss der Ausdruck „nicht obligatorisch“ hier urgirt werden, denn aus der allgemeinen passiven Zuständigkeit des Interdicts ist auf ein Sachenrecht bei dem Klagberechtigten unbedingt nicht zu schliessen. Man denke an die Interdicte zum Schutze der Schifffahrt auf öffentlichen Flüssen, an denen dem Kläger gleichfalls keinerlei dingliche Berechtigung beigelegt werden kann, und an die schon erwähnte *actio injuriarum*. Was ist denn nun das für ein Rechtsverhältniss, um dessenwillen dem Jagdpächter der Interdictsschutz zu Theil wird? Wie die L. 1 D. de loc. publ. fr. 43. 9 im Principium und § 3 ausdrücklich bezeugt, kein

anderes als *locatio-conductio*, also eben ein persönlich-obligatorisches. Aber es ist demselben doch eine Wirksamkeit gegen jeden beliebigen Dritten beigelegt! Ich frage dagegen, ist denn der Miether und Pächter, der mit einem Privaten seinen *Contract* geschlossen hat, Dritten gegenüber schutzlos? Fordert er nicht von seinem Verpächter, dass er ihn *aduersus quemlibet* im Pachtgenusse erhalte, und hat so nicht auch der Staat die gleiche Verpflichtung, seinen Pächter in Schutz zu nehmen? Das geschieht durch Aufstellung des *int. de loc. publ. fruend.* oder Ertheilung eines *int. uti possidetis utile* (das gegenseitige Verhältniss dieser beiden *Interdicte* kann hier auf sich beruhen), also *direct*, während in den gewöhnlichen Pacht- und Miethsfällen dieser Schutz auf *indirectem* Wege zu erbringen war. Das ist der ganze Unterschied, von einer Umgestaltung des obligatorischen in ein dingliches Rechtsverhältniss ist nirgends eine Spur zu erkennen, und die in diesem *directen* Schutze liegende Abweichung von rein privaten Pacht- und Mieths-Verhältnissen rechtfertigen die Quellen durch den Hinweis auf die *utilitas publica* in Betreff der aus der *conductio* einkommenden Gefälle *L. 1 § 1 D. eod.* — Ich halte sonach das Beispiel des Jagdpächters für völlig passend zu dem Nachweis, dass Jemand auf Grund eines bloss obligatorischen Anspruchs jagdberechtigt sein kann, wobei ich (*Zeitschr. f. R.-G.* Bd. XI. p. 314) das Hauptgewicht darauf legte, dass dies Recht in *L. 14 D. de injur. 47. 10* als *ius fruendi* bezeichnet wird, dass also auch ohne Zwang der Ausdruck „*iure fructus*“ in *L. 62 D. de usufr. 7. 1* auf eine auf obligatorischem Grunde ruhende Berechtigung gedeutet werden dürfe. — Im Zusammenhange hiermit hatte ich ferner darauf hingewiesen, wie der Satz der *L. 62 cit.* „*nec aprum aut ceruum, quem ceperit, proprium domini capit, sed aut fructus iure, aut gentium suos facit*“ durchaus nicht von dem formalen Eigenthums-erwerbe am Wilde, sondern von dem materiellen Zueigen-machen, dem definitiven Behaltendürfen, also der Frage nach der Restitutionspflicht *finito usufructu* verstanden sein wolle, wie insbesondere die Worte „*suos facit*“ diese Auffassung ermöglichen und nahe legen. Dem gegenüber erhebt die gedachte Abhandlung p. 391 Protest. „Wir müssen Einspruch erheben. Die Alternative *aut iure gentium suos facit* kann

sicherlich nur vom formalen Eigenthumserwerb verstanden werden; mehr giebt der Satz *res nullius cedit primo occupanti* nicht her. Sonach wird auch das *fructus iure suos facere* nicht anders ausgelegt werden können. Hierzu kommt aber vor allem, dass gerade in der Lehre vom Fruchterwerb das erste Erwerben noch nicht für das definitive Behalten entscheidet. Das *suum facere* kehrt bekanntlich in allen den Stellen wieder, welche vom Fruchterwerb des *bonae fidei possessor* handeln, und hier kann es nur den ersten Erwerb, nicht das Behaltendürfen bedeuten, da doch auch der *b. f. poss.* hinsichtlich aller *fructus extantes* restitutionspflichtig ist. Also *suum facere* trotz eventueller Restitution und daher auch interim *suum facere*, kurz genau das Gegentheil von dem, was Schirmer hier in unserer Stelle in dem *suos facit* sucht.“ Nun, man muss der Belehrung zugänglich sein. Also wenn es in *L. 40 D. A. R. D. 41. 1* heisst „*quo casu fructus praediorum consumptos suos faciat bona fide possessor*“, so wäre damit gesagt, der Besitzer erwerbe an den verzehrten Früchten formales Eigenthum. Offen gestanden, ich weiss nur nicht recht, wie er das anfangen soll; an den unverzehrten hatte er es schon, und an den verzehrten ist, so viel ich sehe, überhaupt keines mehr möglich. Sollte es also nicht doch sicherer sein, hinter dem *fructus consumptos suos facit* der *L. 40 cit.* dasselbe zu finden, was in *L. 4 § 2 D. fin. reg. 10. 1* mit den Worten ausgedrückt wird „*aut enim bona fide percepit, et lucrari eum oportet, si eos consumserit*“? Und was das interim *suos facit* in *L. 48 pr. D. A. R. D.* anlangt, so hatte ich freilich bisher auch gemeint, damit sei ausgesprochen, der *b. f. p.* könne die Früchte einstweilen behalten, dürfe über sie wie über sein Eigen verfügen, verliere dies Recht aber mit der Klaganstellung. Auf den formalen Eigenthumserwerb bezogen würden sie doch sagen, dass dieses formale Eigenthum ein bloss provisorisches sei, in einem späteren Momente, sei das nun Klaganstellung oder Verurtheilung, von selbst hinwegfalle. Davon aber wissen wir absolut nichts; ein solches provisorische formale Eigenthum widerspricht sogar dem Eigenthumsbegriffe der älteren, klassischen Zeit durchaus. — Soll ich noch auf Stellen verweisen wie *L. 22 § 2 D. de pign. act. 13. 7* wo das *suos non facit* erklärt wird durch „*a praedone*

enim fructus et vindicari extantes possunt, et consumpti condici“? Ich glaube also doch nicht so Unrecht gehabt zu haben, wenn ich annahm, das suos facit verträge sich mit meiner Auslegung der L. 62 D. de usufr. sehr gut. Ebenso wenig ist aus dem Hinweise auf den Erwerb iure gentium ein ernstlicher Einwand wider dieselbe zu entnehmen. Denn in diesem Erwerbe liegt zugleich die Berechtigung, das Erworbene zu behalten. Ueberhaupt heisst es der ganzen Stelle den äussersten Zwang anthun, wenn man in ihr formalen und materiellen Erwerb als gegensätzliche Begriffe auseinanderhalten, den ersteren als den vom Juristen betonten hinstellen will. Freilich hat Tryphoninus meiner Meinung nach den materiellen Erwerb ausschliesslich im Auge, aber ohne damit den formalen verneinen zu wollen; von diesem redet er hier bloss nicht, weil es ihm auf denselben nicht ankommt. Mir erscheint hier das früher (a. a. O. p. 313) von mir angezogene Argument noch immer völlig durchschlagend: der formale Eigenthumserwerb rechtfertigt sich jedenfalls nach ius gentium, dazu bedarf es der Berufung auf das ius fructus nicht. Und nun beachte man doch den Zusammenhang des Fragmentes. „Usufructuarium uenari in saltibus uel montibus possessionis probe dicitur.“ Es wird in diesen Worten eben nur der Zweifel abgewehrt, als ob der Niessbraucher in der Ausübung der Jagd etwa seine Befugniss überschreite. Und nun folgt die Begründung dieser Entscheidung; denn das Wild, welches der Niessbraucher erlegt, gehört ja nicht dem Grundeigenthümer, vielmehr erwirbt jener es für sich entweder nach ius gentium oder auch unter dem Gesichtspunkt seiner Berechtigung auf den Ertrag des usufructuarischen Grundstücks. Der Satz „der Niessbraucher darf jagen“ ist der einfache Inhalt der Stelle. Der andere Satz „der Eigenthümer darf nicht jagen“ ist direct in ihr gar nicht enthalten. Er lässt sich nur künstlich aus dem Ausdrucke „iure fructus“ ableiten, muss dann aber auf das persönliche Verhältniss des Dominus zum Niessbraucher gegründet werden. Dies ist noch ausführlicher darzulegen. —

Die negatoria, welche dem Eigenthümer gegen denjenigen zusteht, der unbefugt sein Grundstück betreten und dort die Jagd ausgeübt hat, verschafft ihm keine Entschädigung für die Jagdbeute, welche der Beklagte dort davongetragen hat.

§ 12 I. R. D. II. 1. Quod enim ante nullius est, id naturali ratione occupanti conceditur; nec interest, feras bestias et uolucres utrum in suo fundo quisque capiat, an in alieno. Plane qui in alienum fundum ingreditur uenandi aut aucupandi gratia, potest a domino, si is praeuiderit, prohiberi ne ingrediatur. (Wörtlich übereinstimmend L. 3 pr. § 1 D. A. R. D. 41. 1.)

Alle wilden Thiere fallen, weil sie herrenlos sind, dem natürlichen Verhältnisse nach demjenigen zu, der sich ihrer bemächtigt; dabei macht es keinen Unterschied, ob Jemand auf eignem oder fremdem Boden dem Fange obliegt. Konnte der Jurist so sich ausdrücken, wenn im letzteren Falle der Grundeigenthümer sofort mit der Schadensrechnung bei der Hand war? Wird der Eigenthümer nicht vielmehr ausschliesslich auf die Prävention verwiesen (vgl. § 14 J. eod. „re integra“), und ist ihm damit nicht jede nachträgliche Rechtshülfe gegen die unbefugte Ausübung der Jagd abgesprochen? Stellt nicht ebenso die L. 13 § 7 D. de injur. 47. 10 als die einzige Grenze für Fischerei und Vogelfang das hin, „nisi quod ingredi quis agrum alienum prohiberi potest“? Wohl kann man wegen dieses ingredi später mit der negatoria klagen, allein dabei lässt sich weiter kein Schadensersatz herausrechnen, nur ein richterliches Verbot für die Zukunft und Cautionsleistung sind zu erwirken. Dies aber natürlich auch in dem Falle, an welchen ich bei dem Schlusspassus der L. 13 § 7 cit. dachte. Darin hat sich mein Gegner gar nicht zurecht finden können. Ich setze seine Bemerkung (a. a. O. p. 388) vollständig her. „Noch räthselhafter ist die Stellung, welche Schirmer zu diesen Worten einnimmt. Er sagt, dieselben seien nur darum abweichend von jener andern Formulierung (nisi quod ingredi prohiberi potest) gefasst, weil man doch auch vom eignen Ufer aus in einem fremden Teiche fischen könne. Man sollte denken, in Berücksichtigung gerade dieser Möglichkeit sei es um so mehr ein Beleg für das Jagdrecht, wenn nicht bloss das ingredi, sondern eben das piscari verboten werden durfte. Denn wer fischt, ohne das fremde Gebiet zu betreten, könnte doch von einem Prohibitionsrecht, welchem nur das Betreten angeht, gar nicht getroffen werden; aber utique piscari aliquem prohibere possum.“ Die Lösung dieses Räthsels, dünkt mich,

läge wirklich nicht gar so fern. Die Stelle setzt augenscheinlich nicht voraus, dass die Fische aus freien Stücken aus dem Teiche auf das Ufer springen, sondern dass der Fischende mit seinem Netze oder seiner Angel in den fremden Teich hineinlangt und sie herausholt. Eben dies Ueberschreiten der Luftgrenze mit dem Fanggeräth, mag der Fischer selbst auch auf seinem Territorium stehen bleiben, ist zwar kein ingredi im buchstäblichen Sinne des Wortes, aber doch — ich erinnere an die *seruitus proiciendi* — nicht gestattet. Daher *piscari aliquem prohibere possum*.

Auch die Entscheidung des Proculus in L. 55 D. A. R. D. will mit dem angeblichen Ersatzanspruch des Grundeigenthümers wegen unbefugten Jagens nicht recht stimmen. Hier wird demjenigen, der in seiner Schlinge ein Wild gefangen, gleichviel wo die Schlinge gelegt war, sobald nur eine wirkliche Bemächtigung des Wildes Statt gefunden hat (*summam tamen hanc puto esse, ut, si in meam potestatem peruenit*), eine *actio in factum* gegen einen Jeden gegeben, der das gefangene Wild wieder in Freiheit gesetzt hat. Wie wäre nun wohl eine solche *actio in factum* wider den Grundeigenthümer zu rechtfertigen, und eine Ausnahme wird hinsichtlich desselben nicht gemacht, wenn hier ein Jagdfrevel vorläge, der Beklagte selbst als der Geschädigte zu behandeln wäre. Vollends beweist die Stelle, dass in der Occupation des Wildes nie ein *furtum* liegen kann, denn bekanntlich erlangt der Dieb durch sein Delict niemals eine Klage.

Ausserdem widerlegt sich die Behauptung, dem Eigenthümer stehe die *actio furti* wegen der auf seinem Grund und Boden gemachten Jagdbeute zu, direct durch L. 5 § 1 D. A. R. D. „*itaque si per hoc tempus, quo eam persequimur, alius eam ceperit eo animo, ut ipse lucrifaceret, furtum uideri nobis eum commisisse*“. Also ausser dieser Zeit nicht. Ob nun der Grundeigenthümer oder ein Dritter in der Verfolgung des Wildes begriffen war, darauf wird wieder gar kein Gewicht gelegt, das ist hierbei also ganz gleichgültig. — Aus der Analogie der Früchte ist für das Wild sicher kein Schluss zu machen, die Voraussetzungen sind in beiden Fällen so durchaus andere. Dort haben wir ein Eigenthum dessen, dem der fruchttragende Boden gehört, auch an den mit diesem noch

zusammenhängenden Früchten, hier eine *res nullius*, die *iure gentium occupanti conceditur*.

Dabei beachte man doch auch die Spuren, welche die Quellen uns über Anschauungen bieten, die bei den Römern im Volksleben auftraten, wenn sie sich gleich nicht als rechtlich begründet geltend zu machen im Stande waren. So sehen wir aus L. 16 D. S. P. R. 8. 3, dass man vielfach geneigt war, die Vogelstellerei als ein Gewerbe zu betrachten, dessen Ausübung der Grundeigenthümer in seinen Grenzen nicht verwehren dürfe, und dass Antonius Pius sich gemüssigt fand, derartigen Prätionen durch ein eigenes Rescript zu begegnen. Wäre dergleichen wohl möglich gewesen, wenn die Jagd auf fremdem Boden als Diebstahl gegolten hätte? Auch das darf hier vielleicht angeführt werden, wie Labeo in L. 22 § 3 D. quod ui 43. 24 Jagd und Vogelfang als eine verhältnissmässig unschuldige Verletzung fremden Eigenthums dem *ire per fundum alienum* vergleicht; obschon ich auf diese Parallele geringeres Gewicht legen will, indem die Abwesenheit eines *opus* den juristischen Entscheidungsgrund der Stelle bildet. Ob auch die von Wendt a. a. O. p. 389 als Zeugniß für die Existenz eines besonderen Jagdrechts in Bezug genommene Nou. Leon. 56 in diesen Zusammenhang gebracht werden darf, ist nicht deutlich zu erkennen. Unzweifelhaft soll sie die aus L. 13 § 7 D. de iniur. 47. 10 geflossene Bestimmung der Basiliken Lib. 53 tit. 6. c. 5 aufheben. Hierbei setzt Leo aber im Gegensatz zu Justinian ein Eigenthum des Anliegers an dem Ufersaume voraus, und will es nun abstellen, dass Fremde, wozu sie auf Grund des bestehenden Gesetzes berechtigt waren, diesen ihnen nicht gehörenden Ufersaum zum Fischen benutzen. Man muss es eben dahin gestellt sein lassen, ob der Kaiser bloss gegen eine buchstäbliche Anwendung der nicht mehr passenden gesetzlichen Vorschrift, oder gegen eine im Volke bestehende Rechtsanschauung ankämpft, wonach der Grundeigenthümer das Betreten seines Grundstücks zum Zwecke der Fischerei im Meere nicht untersagen durfte. Jedenfalls geht die Befugniss, welche Leo demselben einräumt, über das Fortweisen des Eindringlings nicht hinaus. Von einem besonderen Fischereirechte ist also auch hier keine Spur.

Aus alledem — es mag etwa noch auf § 16 J. R. D. 2. 1 hingewiesen werden — ergiebt sich zur Genüge, dass man den Gedanken an die Zuständigkeit der *actio furti* wegen der auf fremdem Boden erlegten Jagdbeute absolut fallen lassen muss. Ein thatsächliches Interesse hat der Grundeigenthümer ja wohl, dass Dritte sich nicht das Wild auf seinem Territorium aneignen, allein dies genügt bekanntlich nicht ohne Weiteres, die *actio furti* zu verschaffen, nicht einmal da, wo objectiv der Thatbestand eines wahren *furtum* zweifellos vorliegt L. 49 D. de furt. 47. 2. —

Müssen wir sonach zugeben, dass der Eigenthümer keine Möglichkeit hat, einen Schadensersatz wegen des auf seinem Grundstücke erbeuteten Wildes einzufordern, so kann natürlich auch dem Niessbraucher, der sein Recht ja lediglich vom Eigenthümer ableitet, ebensowenig eine solche Befugniß zugesprochen werden. Leitet man also durch Argumentation aus L. 62 pr. D. de usufr. 7. 1 einen Anspruch des Niessbrauchers auf Schadensersatz gegenüber dem Eigenthümer ab, so kann dies allein ein persönlich-obligatorischer, wider den Besteller des Niessbrauchs wirksamer sein. Und ebenso, wenn man aus L. 26 D. de usur. 22. 1 auf eine Restitutionspflicht der aus der Jagd gewonnenen Erträge von Seiten des mit der *rei vindicatio* belangten Besitzers hat schliessen wollen, so würde es sich eben auch dabei nur um eine der in diese Klage hineinspielenden obligatorischen Beziehungen zwischen possessor und petitor, nicht um eine sich streng auf dem Boden des Sachenrechtes haltende Befugniß handeln. Die Theorie eines besonderen, im Grundeigenthum wurzelnden Jagdrechtes lässt sich auf diese, schon an sich fraglichen Suppositionen nicht gründen. Ebensowenig hat das Römisch-Justinianische Recht auf fremdem Grund und Boden ein Jagdrecht anerkannt, weder in der Gestalt der freien Pirsche, noch in der einer aufliegenden Servitut.